

Digitaler Kapitalismus

Von der Würde der Arbeit in digitaler und klimaneutraler Zukunft

von Christian Kellermann und Ralph Obermayer¹

Die Debatte zur Zukunft der Arbeit ist von vielen Studien, Prognosen und Szenarien geprägt, etwa zur künftigen Rationalisierung durch digitale Technologien, zum Wandel der Arbeitsnachfrage durch den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft, zu weiteren Produktivitätssteigerungen oder neuen Dienstleistungen. Solche Studien sind hilfreich und wichtig, doch durch ihre Dominanz und ihre unbefragten Prämissen verläuft diese Debatte oft irritierend frei von normativen Standpunkten, frei von der genuin politischen Frage: *Wie wollen wir es denn haben, wie sollte es werden, wie wäre es gut?* „Beschäftigung“ ist irgendwie wichtig, so viel bleibt immer vorausgesetzt. Wann, unter welchen Umständen und warum sie das ist, spielt nur eine untergeordnete Rolle.

Da von der Vergöttlichung des Menschen („Homo Deus“) bis zum Verschwinden der Arbeit viele große Worte geschwungen werden, empfiehlt es sich auch für eine fortschrittlich, sozial und ökologisch orientierte Linke noch einmal grundsätzlich anzusetzen: Warum ist und bleibt „Arbeit“ so zentral, was an ihr ist es, an dem die Menschen festhalten, warum will eine Welt „ohne Arbeit“ gerade wenn ihre Möglichkeit näher zu rücken scheint, der großen Mehrheit nach wie vor nicht als positive Vision erscheinen?

Aus Sicht der konkreten Erfahrung der Arbeitenden erwächst der Wert der Arbeit aus drei Aspekten: (1) Geld; (2) Tätig-Sein; (3) Anerkennung. Nicht jede Arbeit bringt alle drei Elemente zusammen. Es gibt gut bezahl-

te „Bullshit-Jobs“, hoch angesehene Arbeit zu Niedriglöhnen, geächtete Millionen aus der Herstellung von Waffen, routiniertes Schuftentum zum guten Tariflohn, kreative Boheme am Rande der Unterschicht und so weiter. Man kann die drei Aspekte durchaus voneinander trennen, für die meisten Menschen aber sind alle drei Dimensionen wichtig – in individuellen Präferenzskalen. Auch in den gängigen Katalogen „Guter Arbeit“ kommen sie alle drei vor, die Kriterien der materiellen Sicherheit, die der Einfluss-, Gestaltungs- und Entwicklungsmöglichkeit, die der Sinnhaftigkeit und sozialen Einbettung der Arbeit.

Vor allem aus der sozialen Einbettung der Arbeit erwächst ihr Sinn und ihr Beitrag für die Identität und den positiven Selbstbezug der Menschen. Die Teilnahme an einem gemeinsamen Projekt stiftet Sinn, sei es die tägliche Pflege eines Menschen oder die molekularbiologische Erforschung der dreidimensionalen Proteinfaltung mittels konvolutioneller neuronaler Netze. Die „Verwirklichung“ dessen, was man gerne machen möchte und auch gut beherrscht, kann aus Mühsal, Scheitern und Kampf so etwas wie Glück machen. Die Würde der Arbeit liegt vor allem im Beitrag zum Zusammenleben, also im Bedarf für diese Arbeit und in ihrer Anerkennung. Darin gründen der Respekt der Anderen und der Stolz der Arbeitenden. Und darum erzeugen die Konflikte um diesen Sinn der Arbeit auch große emotionale Spannungen. Werden die so gegründeten Lebensmodelle zwischen gesellschaftlichen Gruppen umstritten und infrage gestellt, dann geht es um mehr als um Geld und schnöde Partikularinteressen, es geht um Selbstwert und Würdigung. In dieser Dimension ist die Wut über schrumpfenden Respekt für Arbeit in bestimmten Situationen anschlussfähig für strukturkonservative oder sogar rechtspopulistische Politik.

¹ Christian Kellermann ist Politikwissenschaftler und Ökonom, er lehrt an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin; zuvor tätig beim Parteivorstand der SPD.

Ralph Obermayer ist Philosoph, Referent beim Vorstand der IG Metall, zuvor tätig beim Vorstand der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Beide sind Geschäftsführer des Denkwerk Demokratie e.V.

Auch darin liegt eben die Schwierigkeit und die Tragik, wenn Arbeit bedroht und verloren wird, Menschen nicht mehr wissen, wie und wo sie sich in einen sinnvollen sozialen Tätigkeitszusammenhang integrieren können. Das ist dann eben nicht einfach ersetzbar durch Geld. Auch deshalb ist „Beschäftigung“ politisch ein so mächtiges Argument und kann für nahezu jegliche politische Reformagenda zum Hindernis, zur Bremse werden.

Sinn und soziale Einbettung gibt es durchaus auch jenseits der Arbeit im engeren Sinne, also in Ehrenamt, sozialen Netzwerken oder künstlerischer Tätigkeit. Doch nur wenn alle drei Leistungen arbeitender Tätigkeit für die Menschen zusammenkommen entwickeln sie die soziale Schwerkraft mit der sie uns in der verdichteten und institutionalisierten Form einer „Arbeitsgesellschaft“ begegnen. So transformiert sich in der Arbeitsgesellschaft auch die ideelle und die künstlerische Tätigkeit im Zeitverlauf zu nichts anderem als „Arbeit“: Austausch mit der Welt und anderen Menschen, Glück im Tätig-Sein, dafür Anerkannt-Werden, davon Leben-Können.

Dafür ist eine Einbettung in den gesellschaftlichen Bedarf, die gesellschaftliche Arbeitsteilung entscheidend, wie immer sie sich konkret äußert, ob als dankbares Gegenüber, als „Nachfrage“, „Publikum“ oder „Kundschaft“. So etwas wie ein „authentischer“ Bedarf, getrennt von den „künstlich erzeugten“ Bedürfnissen, existiert für das Kulturwesen Mensch – jenseits sehr basaler Grundlevels – nicht. Der Bedarf, die Notwendigkeit der Arbeit artikuliert sich dabei einerseits über „den Markt“, sprich die Zahlungsbereitschaft seitens Anderer für die Früchte der Arbeit, andererseits über demokratische Debatte und gesellschaftliche Moral- und Gerechtigkeitsvorstellungen. Diese beiden „Kanäle“ der Anerkennung von Arbeit können in Konflikt geraten, wenn etwa in demokratischer Debatte erfolgreiche Geschäftsmodelle ins moralische Zwielicht geraten, oder – umgekehrt, – öffentlich hoch angesehene Tätigkeiten am Markt einfach keine angemessenen Preise erzielen.

Die Würde der Arbeit liegt darin, dass sie gebraucht wird. Selbstzweck ist sie nicht. Und das heißt auch: Nicht jeder Arbeitsplatz muss erhalten werden. Werden Wirtschaftszweige oder bestimmte Weisen der Produktion demokratisch, gesellschaftlich in Frage gestellt, beschränkt oder reguliert, dann besteht kein „Sachzwang“ sie zu erhalten. Heute wird wirtschaftliche Tätigkeit und damit verbundene Beschäftigung von mehreren Warten aus in Frage gestellt.

- Nicht nur jedes Geschäftsmodell und jeder Kapitaleinsatz, auch jede damit verbundene Beschäftigung muss sich fragen lassen, ob sie zu große Schäden für die ökologische Tragfähigkeit der planetaren Lebensgrundlagen für menschliches Leben anrichtet. Der Anspruch auf Respekt für Arbeit steht in Frage, wenn sie zerstörerische Effekte für die Lebensgrundlagen hat, der Sinn der Arbeit ist durch diese Zweifel kontaminiert.
- Nicht nur Konzerne und nationale Wettbewerbsstaaten, auch daran hängende Beschäftigte sind verstrickt in internationale Handelskonflikte und -kriege. Der Anspruch auf Respekt für Arbeit, die von stetig ausgedehnten Exportmärkten und der Verdrängung lokaler Konkurrenz abhängt, steht in Frage. Und der Sinn von Arbeit, die den Bedarf auf den sie antwortet erst manipulativ und mitunter aggressiv erzeugen muss und die in den Zielmärkten Menschen arbeitslos und Staaten abhängig macht, ist kontaminiert.
- Und schließlich steht der Anspruch auf Respekt für Arbeit in Frage, wenn auch eine Maschine sie erledigen kann. „Überflüssige“ Arbeit ist sinnlos. Das klingt brutal und ist es auch, doch diese Wahrnehmung einer ersetzbaren Tätigkeit hat sich historisch noch stets durchgesetzt und so wird es in den allermeisten Fällen auch wieder kommen. Das ist das alte Drama der Rationalisierung, heute einmal mehr neu aufgeführt in den Fabriken, zunehmend auch in den Büroetagen und Wissens-Tätigkeiten. Zwar wird bestimmte Arbeit hier auch aufgewertet und neue Arbeit geschaffen, doch der Saldo tendiert möglicherweise ins Ne-

gative. Die technologische „Wildcard“ der Digitalisierung verunsichert heute wieder viele Menschen hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit ihrer Arbeit. Wenn Arbeit überflüssig wird, verschwindet ein zu leistender Beitrag zur gesellschaftlichen Arbeitsteilung und damit eine Rolle im gesellschaftlichen Konzert, ein sinnhafter Beitrag zur Gesellschaft, eine Ressource der Anerkennung.

Eine weiterentwickelte linke, ökologisch-progressive Antwort auf die Entwicklung der Arbeitswelt kann sich nicht auf den Erhalt von „Wettbewerbsfähigkeit“ und damit verbundener „Beschäftigungsfähigkeit“ in einem passiv hingenommenen Kontext globaler, technologisch angetriebener Konkurrenz beschränken. Der Sinn von Arbeit im Horizont demokratisch verhandelter gesellschaftlicher Arbeitsteilung muss eine zentrale Rolle spielen. Im gut etablierten Katalog der Kriterien für „Gute Arbeit“ müssen auch Kriterien der ökologischen Nachhaltigkeit und internationalen Handelsgerechtigkeit Eingang finden. Denn eine fortschrittliche linke normative Perspektive orientiert sich nach wie vor an der Emanzipation des Menschen aus fremden – auch systemischen – Zwängen durch eine demokratische Gestaltung der Wirtschaft und durch egalitär geprägte – auch internationale – Gerechtigkeitsvorstellungen.

Der Appell an Weiterbildung allein kann das normative Vakuum nicht füllen. An nahezu alle Beschäftigte richtet sich heute dieser Ruf. Jedes Mal, wenn das Wort „(Weiter-)Bildung“ fällt, soll Arbeit durch den Erhalt oder die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit gerettet und geschaffen werden. Doch der gut gemeinten und im Grundsatz richtigen Orientierung auf Bildung, Qualifizierung, Weiterbildung fehlt oft genug das zuverlässige Ziel und daher oft auch die Überzeugungskraft. Es mangelt oft an einer konkreten, vorstellbaren Perspektive zukünftiger sinnvoller Arbeit in demokratisch gestalteter gesellschaftlicher Arbeitsteilung. *Wohin* soll man sich weiterbilden?

In mittlerweile gewohnter, kurzschlüssiger Manier taucht im Moment der Ratlosigkeit die Idee des Grundeinkommens auf, als Baustein einer Welt jenseits der Arbeitsgesellschaft, zu-

mindest jenseits des individuellen Zwangs zum Erwerb für den Lebensunterhalt. Doch unterschätzt diese Idee die drei Funktionen von Arbeit und eine brauchbare Antwort auf alternative Mechanismen gesellschaftlicher Arbeitsteilung steht aus. Das spontan harmonische Aufblühen einer entmaterialisierten „Tätigkeitsgesellschaft“ ist nicht zu erwarten, weder im Szenario eines schnellen und massenhaften Verschwindens von Arbeit noch in dem einer Fortsetzung ihrer bereits begonnenen, umfassenden Transformation. Vor allem im ersteren – zugegeben unwahrscheinlichen – Szenario blicken wir wohl eher in eine polarisierte, hoch explosive Konfliktlandschaft.

An welcher Idee sinnvoller gesellschaftlicher Arbeitsteilung der Zukunft könnte man sich also orientieren? Gute Arbeit im Lebenskontext von nachhaltigem Wirtschaften, Mobilität, Wohnen, Konsum etc. bietet quer durch die Wirtschaftssektoren im Grunde endlos viele Möglichkeiten. Enorme Potentiale liegen in der Sorgearbeit, im Gesundheitssektor und bei den personennahen Dienstleistungen. Darauf wird immer wieder zu recht hingewiesen, doch eine gesellschaftsweit überzeugende und attraktive Vision der zukünftigen Arbeits- und Arbeitswelt kann sich nicht auf diesen Sektor beschränken. Auch die Entwicklung einer nachhaltigen und klimaneutralen Industrie ist ein Projekt für mindestens zwei Generationen. Eine größere Ressource für sinnvolle Arbeit als die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen auf einem hohen Niveau von Lebensqualität und materiellem Wohlstand kann es – zumindest in säkularen Perspektiven – wohl kaum geben. Die weitere Humanisierung der Arbeit umfasst neben dem engeren Fokus auf die Tätigkeiten selbst – was eine Art „Humanisierung im xpunktnull Gewand“ wäre – also auch den gesellschaftlichen und historischen Kontext in dem sie getan wird: Arbeit als „Austausch von Mensch und Natur“.

Die Einführung neuer digitaler Technologien, die ökologisch bedingte Umstellung von Produktion, die „Wissensökonomisierung“ können das CO₂-neutrale Wirtschaften auf einem hohen Beschäftigungsniveau möglich machen. Wesentliche Eckpfeiler für eine solche

Arbeit „xpunktnull“ müssten sein: Den technologischen *Upgrade* durch neue Automatisierungstechnik in Einklang mit einer weiterentwickelnden Definition von „Guter Arbeit“ zu bringen sowie eine soziale Absicherung alter und neuer Risiken im Kontext zunehmend hybrider Arbeitsbiografien auf die Beine zu stellen. Damit die vorhandenen Potenziale einer erweiterten Humanisierung der Arbeitswelt verwirklicht werden, wird ein hohes Maß an abgestimmter und weitsichtiger Ressortpolitik nötig sein. Denn Klima- und Industriepolitik, Verkehrs- und Energiepolitik, Bildungs- und Weiterbildungspolitik, betriebliche Mitbestimmung, soziale Sicherungssysteme und vieles Mehr müssten Hand in Hand gehen.

Die Zielperspektive klimaneutralen Wirtschaftens in hoher Lebensqualität mit gesellschaftlich sinnstiftender Arbeitsteilung muss dabei nach Lage der Dinge in den Rahmen einer weitgehend privatwirtschaftlich organisierten Konkurrenzwirtschaft integriert werden. Eine gewisse Vergrößerung des dekommodifizierten, also öffentlichen, genossenschaftlichen oder gemeinwirtschaftlichen Anteils der Wirtschaft ist in manchen Milieus anschlussfähig und politisch womöglich auch durchsetzbar. Wirklich fundamentale Systemveränderungen aber sind weder mehrheitsfähig noch real erwartbar. Progressive Politik sollte sich nicht durch hartnäckig wiederkehrende Diskursmechanismen lähmen und jeden sozialen und ökologischen Fortschritt innerhalb „des Kapitalismus“ für unmöglich erklären.

Trotz Corona-Keynesianismus, trotz aktionistischer Rückkehr des Staats geht es letztlich um die Wiederherstellung einer geduldeten Funktionalität des Marktes unter der Anerkennung (und Korrektur) seiner diversen Dysfunktionalitäten. Die Widersprüche zwischen systemisch begründeten und stetig weiterlaufenden Produktivitätsgewinnen, Outputsteigerungen, Umweltverbrauch und der Notwendigkeit gesellschaftlich sinnstiftender Arbeitsteilung werden also absehbar bleiben. Es gilt jetzt, in die Zielkonflikte einzugreifen, um die Arbeit von heute in den Dienst von morgen stellen zu können.

PapyRossa Verlag



Carl Waßmuth
Winfried Wolf

Verkehrswende Ein Manifest

Paperback
978-3-89438-737-2
199 Seiten | € 14,90

Verkehrsinfarkt, Klimakollaps und fehlende Lebensqualität: Gefragt ist eine Verlagerung des Verkehrs auf Zufußgehen, Radfahren, ÖPNV und Schiene. Dieses Manifest rechnet vor: Schlagworte wie ›zu teuer‹ oder ›Arbeitsplatzverlust‹ sind unbegründet. Und es zeigt: Eine Verkehrswende hat schon heute Mehrheiten in der Bevölkerung.



Arbeitsgruppe
Alternative
Wirtschaftspolitik

Memorandum 2020

Gegen Markt- und Politikversagen – in eine soziale und ökologische Zukunft

Paperback
978-3-89438-732-7
283 Seiten | € 18,90

Das ›Memo‹ stellt einen Gegenentwurf zum Gutachten der ›Fünf Weisen‹ dar, von denen sich die Regierung ihren wirtschaftspolitischen Kurs bestätigen lässt. Es ist längst zu einer festen Einrichtung geworden und aus der Debatte nicht wegzudenken. Schwerpunkte 2020: Verkehrs- und Klimawende, Schuldenbremse und Gesundheitspolitik.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

Der alte, technische Produktivitätsglaube stößt an Grenzen. Angst vor Rationalisierung und Jobverlust wurde in der Regel beantwortet durch die Aussicht auf wirtschaftliches Wachstum, auf ordentliche Produktivitätsgewinne, die sich durch die steigende Wettbewerbsfähigkeit in steigende Nachfrage – und damit eben auch Nachfrage nach Arbeit übersetzen. Verteilungspolitik und *Spill-over*-Effekte zwischen Branchen unterschiedlicher Leistungsfähigkeit und den darin tätigen Menschen sorgten dann dafür, dass im regionalen und nationalen Nahbereich am Ende Alle profitierten. Alle *floaten* in einen Zustand des arbeitsgesellschaftlichen „Pareto Optimum 4.0“. Neue Produkte und Dienstleistungen entstehen. Und diejenigen, deren Arbeit aufgrund des Bedeutungsverlustes eines überholten Produkts „sinnlos“ geworden ist, werden via Weiterbildung in neue Arbeitsbereiche oder Branchen integriert. So soll es auch diesmal laufen, versprechen viele Ökonomen. Aber funktioniert dieser Mechanismus auch in Zeiten der technischen Großtransformationen, allen voran der Digitalisierung? Bietet dieses große Rad wirklich Aussicht auf gute Arbeit für die breite Masse – sei es national, regional oder international gedacht? Und treibt dieses Rad nicht weiter eine materielle Outputdynamik an, während im parallellaufenden ökologischen Umbauprozess der Umwelt- und Ressourcenverbrauch gerade gedämpft werden soll?

Ein optimistischer Blick auf den Wandel scheitert oft daran, dass neu entstehende Arbeit schlechter bezahlt, schlechter reguliert und schlechter gesichert ist als die verschwindenden Berufe. Daher ist die Regulierung der Arbeitswelt sowohl für die gesellschaftliche Akzeptanz der ökologischen Wende mindestens so wichtig wie für eine positive Vision der zukünftigen Arbeitsgesellschaft. In einer marktwirtschaftlichen Welt ohne Mindestlöhne und Tarifverträge wären die Löhne der einfacheren, manuellen Dienstleistungen noch schlechter bezahlt, als das heute der Fall ist. Der Automatismus würde im Ergebnis zu einer „Polarisierung 4.0“ führen und Sinnhaftigkeit, Würde und Nutzen von Arbeit grob unterminieren. Instrumente wie der Mindestlohn, Tarifverträge, Betriebsverfassungsgesetz, Arbeitsschutz etc. sind insofern

elementar für die Gestaltung der neuen Arbeitswelt. Aber es stellt sich die Frage, ob sie (noch) ausreichen. Und es stellt sich die Frage, ob die bisherigen Maßnahmen des Staates noch ausreichen, um nicht nur die Folgen des Wandels zu korrigieren, sondern die Richtung seiner Dimensionen zu steuern. Der nächste „historisch-materialistische Schub“ könnte also durchaus auf das Konto der Falschen gehen. Dann besteht die Gefahr, dass soziale und ökologische Kriterien schnell in die Defensive geraten.

Weder die Abschaffung des Kapitalismus noch eine ein- oder zweidimensionale „Tätigkeitsgesellschaft“ sind derzeit realistische Optionen. Die Dekarbonisierung der Wirtschaft muss im Rahmen derzeitiger staatlich-marktwirtschaftlicher Mischsysteme und einer in diesem Rahmen humanisierten Arbeitsgesellschaft erfolgen. Beide Projekte müssen zusammengedacht, politisch zusammen gesteuert und unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen durchgesetzt werden. Dagegen und gegen die umfassenden – umwelt- wie arbeitsmarktpolitischen – Eingriffe und Regulierungen, die damit verbunden sind, wird es massive Widerstände geben. Auf dieser Agenda stehen neben dem viel diskutierten Katalog der Klimapolitik Dinge wie neue Arbeitszeitmodelle, ausgedehnte Mitbestimmung im Betrieb, eine viel klima- und sozialsensiblere Handelspolitik, humanzentrierte Technologiepolitik, eine wesentlich handgreiflichere Finanzmarktpolitik und Ähnliches mehr. Elemente einer solchen Agenda wird man zum Teil bereits in die Krisenbekämpfungs- und Krisenüberwindungspolitik der Post-Corona-Jahre einflechten können. In jedem Fall müssen neue Allianzen und Bündnisse in diesen Auseinandersetzungen die Kräfte bündeln. Und sie müssen alle Energien auf reale und real gewinnbare Konflikte in dieser heutigen Welt konzentrieren. ■